

Morgen Freitag den 5. Juni, abends 9 Uhr
im Gasthote zu Niederriedlich

Einwohner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Allgemeine Besprechung über den Verlauf der letzten Gemeinderatsitzung, namentlich in bezug auf Punkt 12a. Debatte. — Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwarten. Die Einberuter. Die Gemeinderatsmitglieder sind hierzu besonders eingeladen worden.

Das Arbeiter-Sekretariat

Volkshaus, Rixenbergstraße 2

ist am Sonnabend den 6. Juni nur von 11 bis 3 Uhr geöffnet und das

Bureau des Gewerkschaftskartells

von 9-3 Uhr. Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Einzelmitgliedschaft Dresden und Umg.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß **Sonnabend den 6. Juni** und **Dienstag den 9. Juni** das Verbandsbureau von **mittags 1 Uhr** geschlossen bleibt.

Der Bevollmächtigte.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Einzelmitgliedschaft Dresden und Umg.

Heizungsmonteur! Helfer!

Montag den 8. Juni (2. Pfingstfeiertag), früh 11 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale des Volkshauses, Rixenbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Was lehrt uns die wirtschaftliche Krisis? Referent: Kollege **Marx**.

2. Branchenangelegenheiten. — Debatte.

M.-G.-V. Senefelder u. Schuhmacher.

Heute abend 8 Uhr

General-Versammlung

(Vorher Probe!)

Das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

NB. Sonntag den 7. Juni, 1. Feiertag, früh 6 Uhr:

Morgen-Picknick

in der Schweizererei in Loschwitz.

Zentralverband d. Maschinisten, Heizer u. Berufsgenossen.

Verwaltungsstelle Plauenscher Grund.

Dienstag den 9. Juni (3. Pfingstfeiertag)

2 Exkursionen

Dresdner Volkszeitung und Brauerei zum Feldschlösschen.

Treffpunkte pünktlich mittags 1/2 11 Uhr im Restaurant Gambrius, Popplatz, und 1/4 4 Uhr im Restaurant Schweizerhaus, Schweizerstraße.

Zahlreiche Beteiligung der dienstfreien Kollegen mit ihren Frauen erwartet.

Der Bevollmächtigte.

Sports-Genossen! Arbeiter-Radfahrer! Plauenscher Grund und Umg.!

Die billigste und vorteilhafteste Einkaufsstelle von erstklassigen

Fahrrädern, wie

Brennabor, Avanti, Opel u. Wanderer

sowie für sämtliche Zubehöre, als Mäntel, Schläuche, Laternen usw., nur prima Qualität, finden Sie beim Sports-Genossen

Emil Dittrich, Obergittersee, Dresden Str., vis-à-vis d. Post

Erleichterte Zahlungsbedingungen.

NB. Wegen Mangel an Platz sind noch mehrere neue Nähmaschinen, Fabrikate erster deutscher Firmen, mit 5 Jahre Gar., ipoubillig abzugeben.

Was ist Enrilo?

Das beste und gesündeste Getränk für alle diejenigen, welche aus Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand genötigt sind, für den Bohnenkaffee ein Ersatzgetränk zu wählen.

Mehr als 500 Aerzte haben begutachtet, dass **Enrilo**, hergestellt von **Seinr. Frank Söhne**, das beste Ersatzmittel für Bohnenkaffee ist und dass Herz-, Magen- bezw. Nervenkranken und insbesondere auch Kindern der Genuss von **Enrilo** empfohlen werden kann.

Pakete à 25 Pf. überall käuflich.

Jasmatzigigaretten

Unerreichte Qualitäten! Grösste Verbreitung!

- Lucca mit Mundstück 1 Pfg.-Cigarette
- Kolpo mit Mundstück 1 ..
- Unsere Marine m. u. o. Mundstück .. 2 ..
- Dubec No. 6 mit und ohne Mundstück 2 1/2 ..
- Hellas mit und ohne Mundstück 3 ..
- Elmas Gold-Mundstück 3-5 ..
- Pteo mit Mundstück, ohne Mundstück u. Gold 4-25 ..



Pommersche Zervelat- u. Salamiwurst

Pfund 1.30 Mt.

Wilh. Odenwald
Wilsdruffer Strasse 19.

Schuhe und Stiefel

werden gut und dauerhaft repariert. Paradiesgasse Theobald Vogel Dresden-N., Hans-Sachs-Strasse 10.

Herren-Sohlen . . . 2,80 M.
Damen-Sohlen . . . 1,85 M.
Kinder-Sohlen von 1 M. an.
Spezialität: **Maassarbeit**.

Echter Frankfurter Aepfel-Wein

alkoholarm

1 Flasche 40 Pf.
10 Flaschen 360 Pf.

inkl. Flasche.

F. E. Krüger

18 Webergasse 18.
Telephon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Möbel

solid u. preiswert, moderne Rücken, Schlaf- u. Salons nur b. J. Nothar, Warlt. 4.

Speisekartoffeln

Sorten von 2,75 M. an empfiehlt E. Dittrich, Ostbahnhof 6.

"Solidarität"-Fahrräder

verkaufte von 90 M. an. Gebt. Räder nehme mit in Zahlung. A. Thonig Freiburger Platz 9, Ecke Rosenstr.

15 Anzüge

von besseren Stoffen, 14-21 M., im ganzen, auch einzeln zu verkaufen Tuchlager, Pillnitzer Straße 47, 1.

Gelegenheitskäufe in Herren-Garderobe, Uhren u. Goldwaren

Arndt, Landhausstraße 15.

Alle Arten herrschaftl. getz. u. gut erb. Kleider, Schuhwaren, Wäsche usw. wird billigst verkauft

Gr. Brüdergasse 10, II.

Plüsch Sofas

rot und grün gut gearb. 38, 45 u. 54 M. Wilsdruffer Straße 33, I. Et.

Kinderwagen, Sportwagen

viel billiger als in großem Laden. Jeder überzeugt sich vor Ankauf. Lillengasse 8, parterre

Rindfleisch, 60-70 Pf., Schweinefleisch, 60-75 Pf. Mittwoch, Freitag und Sonnabend. Laubegall, Stadt Amsterdam.

Fahrräder

zu Fabrikpreisen, äußerst niedrig, hat abzugeben L. Kunze, Poischappel, Dresdener Straße 18. Zeitabgabe gestattet.

Vornehm

wirkt ein partus, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiße, samtweiche Haut u. blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte

Stieklapferd Lilienmilk, Seife

u. Seife von F. Meyer, E. Dressler In Trachau: O. Dietrich, W. Boehlig und Heinrich Diemel.

Eleg. Kinder-Sig.-u. Liege-Bau (Nichtelast.)

bildet **Jahnnr. 4, 1. Herrschaftl. getrag. Schuhwaren, Militärstiefel und Schuhe** von 1-5 M. **Mügeln, Güterbahnstr. 18, grüner Laden.**

Männer-

Hemden in Varchent 1.00-2.50 do. Normal 0.80-4.00 do. weiß 1.10-2.50 Unterhosen 0.80-4.00 Unterjacken 0.90-2.50 Aermelwesten 1.50-9.50 Socken 0.25-1.20 do. handgestrickt 1.50

Ernst Klaar

Blüthenstraße 25, Eing. Josephinenstr.

Achtung! Löbtau, Cotta u. Umg.

Der heutigen Auflage liegt ein Preisverzeichnis der Firma **L. Hoffmann, Löbtau**, bei, auf welches hierdurch noch ganz besonders hingewiesen werden soll.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Robert Grösch, Dresden. Verantwortlich für den Inhaltsteil: Reinhold Eichter, Dresden. Druck und Verlag: Raden & Romp, Dresden.

Sport-Ecke

Taglich: Größter Künstler-Konzert Saal frei!

Hosterw. Platz bei Billig. Gasthaus Kronprinz. Elektr. Bahn Ver. 2 u. 3 nach 1 Uhr.

E. Schnieg's Restaurant

14 Zitföstraße 14. Grosser Mittagstisch. Freitags: Schlacht-Fest. Verkehrs-Lokal der Modellisten.

Kinner's Rest.

Nieder-Gittersee empfiehlt seine feinsten Cigaretten mit schönem schmeckendem Geschmack und Marke. Es ladet erhaben ein A. Kinner.

Meine Uhr

geht nicht mehr? Wo ist die Ursache? Zu H. Lorenz

nur Schöfergasse Nr. 4 vom Altmarkt aus rechte Seite wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort. Neue Uhren billig. Trauringe in grosser Auswahl und in allen Weislagern. Bitte auf die Firma genau zu achten!

Kolonial- u. Delik.-Geschäft

(Gründer), in Schöner Lager, in unheimlicher Höhe zum Jahrespreis (1000 M.) zu ver. Jan. Preise 600 M., bis 1. Juli 1908 bezahlt. Best. Off. mit P. 27 an die Expedition dieser Zeitung.

Eheleute

verlangt neuesten, großer Katalog 1908 nebst Anmerkungen über hygien. Bedarfsartikel gratis u. franko. F. Schmidt, Jägerstr. 3.

Schöne Wohnung

Stube, Kammer, Küche, Vorraum und Zubehör, Preis 250 M., zum 1. Juli zu vermieten. Wilhelmsstr. 1, 1. Etage. Herrmannstr. 12.

Walter Steglich

im Alter von einem Jahr nach kurzen Leiden am Mittwoch früh verschieden ist. Um hilfs. Beileid bitten Familie Steglich. Leuben, 3. Juni 1908.

Die Beerdigung findet Sonntag abend nach 3 Uhr auf dem Leubener Friedhof statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau, unsere Mutter und Schwiegermutter, Frau Klara Hilbig geb. Jęglichska nach langem schwerem Leiden am Dienstag früh 1/3 11 Uhr gestorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr auf dem St. Pauli-Friedhofe statt. Was jetzt überbringt an der trauernden Witwe nebst Kind.

Allen Verwandten u. Freunden die traurige Nachricht, dass

Dienstag nachmittags unser lieber guter Sohn Oskar im Alter von 11 Jahren beim Baden ertrunken ist. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Dresden, Straße 32, aus statt. Dölgchen, den 4. Juni. Die Trauernden Familie Schanzer.

Mr. 12
Säch
Von der
des Landtags
Garantiejum
national
Interesse. Es
von grösster
ist, dass hier
werden soll.
fragen in die
wohl wird
in Aussicht
Bei allen St
große Plan
Hegierungen
geschickt, wic
Gebieten der
Verfügung u
Bedeutung fü
Es ist
anstellung vo
macht. Viele
woraus nicht
andere Ginnl
gerechnet wer
Ball erforder
gezeichnet un
so allgemeiner
Bezeichnung ei
und die Regi
die der Land
Dieje
Landtag mit
musste. Der
Bedeutung die
wurde schmä
geschaffen; es
haben er u
niederer Mit
Blamage für
verbrachten
bringen wert
Häbner mit
fürchtete dan
weitere Ber
schien er für
lönne. Es g
die Boreing
aus ihm ju
wollte, weil
Goldströme
die Ausstell
Dresden ih
wolle. Die
die Abstim
nicht vertre
Weltbild wi
für diese wu
von der gl
hammer, eng
konservative
ab. In ein
mancher Ge
hang. Die
hier werie
werde sich
kleinen Ge
stellung des
weit hinaus
der armen
Staatshilfe
die Konser
Notlage der
preifen, bel
schaften Ge
aber nicht
und die
nicht ein
heit und
klärung ab
Über das
Hygieneaus
wohin man
läßt viellet
Beute aus
Durch die
die gestrige
nicht mehr
reichte
kurzen Red
nach die H
re satirisch
zuzuschreib
Garantieju
Hygieneaus
Landtage d
geordneten
Nachrichte
Der
n. E
Berein in
In der
von Bericht
über
weibliche
Paß der
681 im

treffen (zum Beispiel Verzögerungen in der Beförderung und Zustellung, unrichtige Ausbündigung und Gebührenerhebung, Verlustfälle, an die Post- oder Telegraphenanstalt zu richten, bei der die Einlieferung erfolgt ist. Andererseits sind Anträge wegen Abholung und Nachsendung von Postsendungen, Anzeigen von Wohnungsänderungen, Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei angekommenen Postsendungen und Telegrammen bei derjenigen Post- oder Telegraphen-Anstalt anzubringen, in deren Befehlsbezirk der Antragsteller u. s. w. seine Wohnung hat oder durch welche die Zustellung erfolgt ist. — An die Oberpostdirektion sind nur Beschwerden über Entscheidungen und Maßnahmen der Post- und Telegraphenanstalten sowie solche Anträge zu richten, welche die Post- und Telegraphen-Betriebsbedingungen im allgemeinen betreffen. Die Beobachtung dieser Vorschriften dient nicht nur zur Vermeidung unnützen Schreibwerks bei den Postbehörden, sondern liegt besonders im Interesse des Publikums, da dadurch eine schnellere und ebenso sachgemäße Erledigung der Anträge oder Beschwerden erreicht wird.

Die Verkaufszeit für Väder- und Konditorwaren an Sonntagen beschäftigte in seiner letzten Sitzung den Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt. Vom Gemeindevorstand in Leubnitz-Neuostra lag ein Antrag auf Abänderung dieser Verkaufszeit vor, die jetzt dort wie auch in den übrigen Ortschaften des Bezirks der Amtshauptmannschaft von 11 Uhr vormittags bis nachmittags 4 Uhr festgesetzt ist. Das wird gerade in der Sommerzeit als ein schwerer Uebelstand bezeichnet, weil die Ausflügler, wenn sie hinauskommen, dann meist schon geschlossene Läden antreffen und nicht mehr kaufen können, wodurch den Vädem bedeutende Einnahmen verloren gehen sollen. Es wird deshalb gebeten, die Verkaufszeit wenigstens bis abends 6 Uhr zu verlängern, indem man noch auf die Stadt Dresden verweist, wo die Väder den ganzen Sonntag über bis abends 9 Uhr ihre Geschäfte offenhalten dürfen. Die Angelegenheit rief im Bezirksausschuss eine lebhaft ausgeprägte hervor. So wurde bemerkt, daß die Klagen der Väder seit Einführung des Regulativs über die Verkaufszeit an Sonntagen nicht aufgehört haben und daß schon wiederholt Gesuche um Aenderung eingegangen seien, zu denen sich die Amtshauptmannschaft bisher aber ablehnend verhalten habe in der Meinung, daß die Verkaufszeit bis 4 Uhr völlig ausreiche. Unverständlich sei es allerdings, daß die Kreis-Amtshauptmannschaft seinerzeit mit der Stadt Dresden eine Ausnahme gemacht und den ganzen Sonntag freigegeben habe. Selbst aus den Kreisen der Dresdener Väder-Zünfte seien mehrfach Stimmen laut geworden, daß die Stunden von abends 6 bis 9 Uhr für den Verkauf völlig zwecklos seien und man gegen einen Sechshr-Ladenschluß nichts einzuwenden hätte. Der Bezirksausschuss wollte dem vorliegenden Antrage nach alledem eine gewisse Berücksichtigung nicht abweisen, kann jedoch selbständig eine Erweiterung der Verkaufszeit nicht verfügen, sondern ist in dieser Beziehung von der Kreis-Amtshauptmannschaft abhängig. Es wurde schließlich der Beschluß gefaßt, den Gesamtvorstand der hiesigen Väder-Zünfte zu einer Aeußerung darüber zu veranlassen, ob man mit einem Sechshr-Ladenschluß an Sonntagen einverstanden ist, um dann eventuell bei der Kreis-Amtshauptmannschaft eine eventuelle Verkaufszeit bis 6 Uhr an Sonntagen zu befrachten.

Veranstaltung öffentlicher Auspielungen.

Ein für das gesamte Gastwirts- und Metzgerei-Handwerk wichtiger Strafprozeß beschäftigt in letzter Instanz den Oberlandesgericht. Ein Teil der Chemnitz-Gastwirte pflegte des öfteren sogenannte „Alten-Schweine-schlachten“ abzuhalten. Der Wirt kauft das Schwein, läßt das Schlachten besorgen und trägt das Risiko der ganzen Veranstaltung. Die Arrangements der Veranstaltungen werden den als Autoritäten auf diesem Gebiete bekannten Materialwarenhändler Görner und einem Kaufmann Stiefel übertragen. Die Teilnehmer wurden mittels Listen gewonnen. Wenn ein Wirt ein sogenanntes „Alten-Schweine-schlachten“ plante, ließ er durch Görner und Stiefel Listen anfertigen und in seinem Lokal auslegen. Gegen einen Zeichnungsbetrag von 1,25 konnte jeder Gast das Recht erwerben, an einem Wessfleisch- und Bratwursteissen teilzunehmen. Das übrigbleibende Fleisch wurde am Abend des Schlachtens unter die Teilnehmer verlost. Die Tombola enthielt 1/3 Gewinne und 2/3 Nieten, der Preis des Loses betrug 25 Pf. Die Behörde sah in diesen „Alten-Schweine-schlachten“ eine Veranstaltung öffentlicher Auspielungen und stellte gegen eine ganze Anzahl Chemnitz-Gastwirte und gegen die Arrangements Görner und Stiefel Strafantrag. Der Polizeikommissar Eberlein wurde ebenfalls unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht verurteilte die Öffentlichkeit dieser Schlachtenspiele und sprach sämtliche Angeklagte frei. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hob das Landgericht Chemnitz das Urteil auf und bestrafte die Angeklagten wegen Veranstaltung öffentlicher Auspielungen. Die Gastwirte wurden als Täter und Görner, Eberlein und Stiefel als Mittäter angezogen. Der Begriff der Öffentlichkeit sei, da sich jeder habe in die Listen einschreiben können, zweifellos vorhanden gewesen. Die Angeklagten legten Revision beim Oberlandesgericht ein und rügten eine Verkenntung des Begriffs der Öffentlichkeit. Die Teilnehmer hätten sich nur aus Bekannten und dem Stammpublikum rekrutiert. Außerdem bestritten Görner, Stiefel und Eberlein die Mittäterschaft und erklärten, höchstens als Gehilfen in Frage kommen zu können. Der Strafsenat verwarf die Revision. Der Begriff der Öffentlichkeit sei nicht verkannt worden, da die Listen öffentlich ausgelegt hätten. Die mitangeklagten Görner, Stiefel und Eberlein hätten bei der Veranstaltung den Willen kundgegeben, sich als Täter zu beteiligen.

Unfälle auf der Elbe.

Am Dienstag nachmittags gegen 5 Uhr sprang auf der Talschiffahrt von Lohschwitz nach Dresden ein in Lohschwitz auf das Dampf-schiff Stadt Wexlen eingestiegen Mann durch das Fenster der Vorderkabine in die Elbe. Die Schiffbesatzung machte sofort das Rettungsboot klar und es gelang ihr im Beisein mit der Mannschaft des Schlepddampfers Kronprinz, den Mann lebend an Bord zu bringen, der unter dem Rade weggetrieben und von demselben verletzt worden war. Der Verletzte wurde vom Personendampfer mit bis nach Dresden genommen und vom Terrassenfer aus mittels besetzten Unfallwagens nach dem Krankenhaus transportiert. — Am gleichen Tage, nachmittags gegen 3 Uhr, bemerkte die Mannschaft des auf der Talschiffahrt nach Weixen begriffenen Personendampfers König Georg in Radebeul einen mit den Wellen kämpfenden und dem Ertrinken nahen, etwa 12 Jahre alten Knaben, der im dort befindlichen Bade in freier Elbe gebadet hatte. Auch hier gelang es der Besatzung dieses Schiffes mit sofort klar gemachtem Rettungsboote, den Knaben noch lebend den Fluten zu entreißen und an Land zu bringen.

Bermüht wird seit Montag früh die Tochter des Ehepaars Mittel, Großenhainer Str. 31, part. Das Kind ist 13 Jahre alt und etwas unterseht. Es hat sich entfernt im blauen Turnkleid und Strohhut. Etwas Mittelungen über den Verbleib des Kindes wolle man den Eltern übermitteln.

In der Lokalliste ist irrthümlicherweise für Königstein das Hotel Charlottenburg weggelassen worden. Wir erlauben alle Genossen, Vereine und Gewerkschaften, dies in der Lokalliste nachzutragen und bei Ausflügen nach Königstein zu berücksichtigen.

Der Rat berichtigt unsere kritische Bemerkung zu seiner ersten Berichtigung insofern, als er uns mitteilt, die Straßenbahn-strecke Tolkewitz-Schusterhaus koste jetzt nicht 15, sondern 20 Pf. Dann ist eben die Angabe in der Ratvorlage ungenau, auf die wir uns stützten. Noch eine Berichtigung gefällig?

Arbeitsgericht.

Als Lehrlingsrichter ist der Inhaber einer mechanischen Anstalt, Kropff, zu betrachten, gegen den der Mechaniker- und Elektrotechniker-Verband Klage wegen Nichtzahlung des Lehrgeldes und Feststellung eines Verhältnisses lagte. Als der Kläger in die Lehre trat, wurde seinem Vater versichert, es würde nur ein Lehrling angenommen. In Wirklichkeit lernte der Beklagte aber gleichzeitig drei Lehrlinge an, ohne auch nur einen ständigen Gehilfen zu beschäftigen. Nach dem ersten Lehrjahre sah der Kläger schließlich ein, daß er nicht das lernen konnte, was er wollte. Bis dato hatte er beinahe nichts weiter gemacht, als Alingelleitungen legen. Er ging zu einem neuen Meister, der ihn zuvor prüfte und sich auch die Werkstatt des Beklagten ansah. Der neue Meister wird als Junge und Sachverständiger darüber vernommen, ob der Beklagte imstande ist, seinen Lehrlingen die für ihren Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten beizubringen. Er befand, daß ihm die Sache schon bei Besichtigung der Werkstatt nicht gerade vertrauenswürdig vorgekommen sei; obwohl der Lehrling — wie auch vom Beklagten hervorgehoben wird — ein sehr ansehnlicher und intelligenter Mensch sei, habe er bei weitem nicht das gelernt, was man nach einem Jahre Lehrgeld von ihm verlangen müsse. — Unter diesen Umständen wäre das Urtheil zugunsten des Klägers ausgefallen, wenn sich der Beklagte nicht vergleichsweise zur Rückzahlung von 50 M. Lehrgeld sowie dazu bereit erklärt hätte, das Lehrverhältnis als ordnungsgemäß gelöst zu betrachten.

Eine eigenartige Lohnentschädigungsforderung machte der jugendliche Arbeiter Naab gegen den Dufourmontsches Banker in Höhe von 4,25 M. geltend. Der Kläger verunglückte beim Transport einer Wädelmangel und er schied das Verschulden auf den Beklagten. Ein Teil der andernandergewonnenen Mangel war ihm auf die Wädel gegeben, denn er mußte vorn am Wagen ziehen. Nach seiner Meinung war er zu dieser Arbeit nicht verpflichtet, und dann hatten die Gehilfen auch schlecht geladen. Infolge des Unfalls mußte er sich krank melden. Für die ersten drei Tage, an denen er kein Krankengeld erhielt, fordert er die erwähnte Entschädigung. Der Beklagte will nicht zahlen und er behauptet, er habe den Gehilfen ausdrücklich gesagt, sie sollten den Kläger nicht mit zum Transport der Wädelmangel nehmen. Da diese ihn doch genommen hätten, sei nicht er, sondern schliesslich die Gehilfen für den Unfall verantwortlich zu machen. Ausschlaggebend sei jedoch, daß der Kläger ihm nicht sofort Mitteilung von dem Unfall machte und erst einige Tage danach zum Arzt ging. Jeden Vergleich lehnt der Beklagte ab mit dem Bemerkung, der Kläger „solle seine Strafe auch haben“. Er wird beurteilt, dem Kläger die geforderte Lohnentschädigung zu zahlen, weil ihm nach der Ueberzeugung des Gerichts das Verschulden an dem Unfall trifft. Wenn der Unfall nicht nur vorübergehende Folgen zeitigt, dann kann das Urtheil für den Beklagten noch recht folgenreicher werden.

Sehr lehrreich ist eine Klage von drei Arbeitern gegen die Firma Widmann wegen 60 M., 60 M. und 48,00 M. Lohnentschädigungsforderungen. Die Kläger wurden mit mehreren anderen Kollegen von einem Polier, der mit der Beklagten ein Vertragsverhältnis eingegangen war, am 12. Mai engagiert. Die Kolonne sollte in Rathenow (Brandenburg) Schachtungsarbeiten im Afford machen. Sie fuhren auch auf Köpen der Firma hin, wurden dort aber nicht eingestellt. Die Beklagte macht nun geltend, sie habe die Kläger nicht engagiert, sei also auch nicht verpflichtet, sie zu beschuldigen. Dann habe sie aber auch nicht nötig gehabt, die Kläger einzustellen, denn sie seien betrunken angekommen. Sie hätte mit einem Steinmetzmeister Werner einen Vertrag geschlossen, wonach dieser das Ausschachten übernommen habe. Werner hätte die Kläger angenommen und die Firma habe die Wädelis gelöst. Als sie betrunken dort ankamen, habe die Firma den Klägern angeboten, sie gegen 34 Pf. Stundenlohn zu beschäftigen, damit sie sich wenigstens das Nachgehalt für die Rückreise verdienen könnten, denn die Kläger haben ihre Familie in Dresden. Die Kläger hätten aber erklärt: „Für das Lumpengeld werden wir nicht!“ Nach dieser Aeußerung habe die Firma nicht mehr nötig gehabt, die Kläger zu beschäftigen. Anders sieht die Darstellung der Kläger aus. Die betrunkenen, betrunken gewesen zu sein, nur Werner war betrunken, der sei aber nachher noch eingestellt worden. Daß sie nicht betrunken waren, könne die dortige Polizei jederzeit beweisen. Das sei aber auch nicht der Grund gewesen, weshalb man sie nicht anfangen ließ. Sie konnten vielmehr nicht arbeiten, weil keine Schaltung da war und diese konnte nicht hergestellt werden, weil es an den nötigen Schachtelbretern fehlte. Sie hätten zurücklaufen müssen Tag und Nacht, ohne einen Pfennig in der Tasche. Hätten sie wenigstens ihre Papiere gehabt, dann würden sie in Berlin Arbeit bekommen haben. So befanden sich aber die Papiere im Besitz der Firma. Diese Darstellung wird auch von dem Zeugen Werner bestätigt. Als sie hinkamen, habe der dortige Polier gesagt: „Es tut mir leid, aber wir können nicht weiter. Sie müßten sich bis 8 Uhr gedulden.“ Sie hätten nun gewartet und gewartet; es sei Mittag und Nachmittag geworden. Die Arbeiter seien erregt gewesen und Werner habe beruhigend gesagt. Darauf habe der Vertreter der Firma erklärt: „Von den Dresdener Leuten wird niemand eingestellt!“ Die Kolonne sei wohl übernützlich, aber mit Ausnahme von Werner nicht betrunken gewesen. Das Gericht betrachtet es als feststehend, daß die Firma als Arbeitgeberin in Frage kommt. Ebenso steht fest, daß ein Affordvertrag vorlag. Es sei weiterhin nicht ersichtlich, inwiefern für die besagte Firma eine Veranlassung vorgelegen haben könnte, den Klägern Stundenlohn anzubieten. Betrunken könnten sie nicht gewesen sein, denn die Firma habe ja mit ihnen wegen des Stundenlohnes verhandelt. Die Kläger seien aber verpflichtet gewesen, das Angebot vorläufig anzunehmen, sie konnten dann immer noch die pro Mann 7,20 M. denagende Differenz zwischen Afford- und Stundenlohn einfordern. Da die Firma vergleichsweise nichts zahlen will, leben die Kläger ihren Anspruch auf je 7,20 M. herab und die Firma wird zur Zahlung verpflichtet. (Vorstand: Gewerbeamtler Dr. Hähnsche. Unternehmer: Mechaniker Stecher und Schlossermeister Ehrlich. Arbeiter: Robt. Arbeiter Kohberg und Köcher Müller.)

Aus der Umgebung.

Blauencher Grund. Frau Gräfe, Dehmann in Postchapel, teilt uns mit dem bereits besprochenen Einbildungsfalle mit, daß sie ihren Rücken nachgekommen und an neun Tagen Besuche bei dem Mädchen gemacht habe.

Dölzchen. Am Dienstagabend gegen 5 Uhr ertrank der 11-jährige Knabe des Tapeniers Schender von hier in dem zur Weizenmühle, Gebr. Braune, schiedrigen Mühlgraben. Mitternacht waren in der Nähe, konnten aber Hilfe nicht bringen, da an der betreffenden Stelle der Graben sehr tief ist. An derselben Stelle sind schon vor zwei Jahren zwei dergleichen Unfälle vorgekommen.

Unterweisch. Freitag den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Tamms Gasthof, Unterweisch, öffentliche Gemeinderathung statt. Die Tagesordnung ist an den Anschlagstafeln bekanntgegeben.

Bannwitz. In letzter Zeit ist hier mehrfach in Bau- und Steinbrucharbeiten eingebrochen worden. Dabei sind teure Maurerhandwerkzeuge dem Einbrecher in die Hände gefallen. Geschädigt sind nur arme Arbeiter, die der Verlust jedenfalls schwer trifft. Als Täter kommt ein früher in Bismdorf beschäftigter Arbeiter in Betracht. Beim Anbieten solcher Handwerkzeuge zum Kaufe möge die Arbeiterkassette sofort der nächsten Polizeibehörde Mitteilung machen. Das Werkzeug ist gesichert.

Koffenbaue. Der zehn Jahre alte Knabe Steglitz hatte sich

am Dienstag auf dem hiesigen Güterbahnhofe mit einer Spielgefährten an einem unbespannten Rollschlepper zu spielen gemacht, wobei von einem Knaben das Schloß des Wagens abgedreht worden ist, so daß der Wagen, der an einer absehbaren Stelle stand, ins Rollen gekommen ist. Der Knabe ist, um den Wagen abzulassen, der Drehscheibe zu nahe gekommen, während der im Rollen befindliche Wagen mit einem Vorderrade an einem Pfeiler anstoß hat und der Knabe darauf schwer getroffen worden ist, daß ihn der Unterleifer vollständig zerquetscht wurde.

Ridern. Ein freches Sittlichkeitsattnat hat am Sonntagabend an Frau Lehrer Taschendorfer hier verübt. Als sie von einem unbekanntem angefallen wurde, rief sie zu Hilfe, zu vergehen trachtete. Frau T. wehrte sich nach Kräften und den Attentäter, als er ihr den Mund mit einem Taschentuche abstopfen suchte, in die Hand, wobei ihr ein Zahn herausgerissen wurde. Darauf bearbeitete sie der Patron mit einem Taschentuche nach Kaufka, Leubnitz zu. Er ist etwa Mitte Vier, circa 1,05 Meter hoch, hat schmächtes Gesicht, schwarzen Schmarbart, lang graue Haare, dunkle Nase und schwarze weichen Gut. Er wurde von einigen hiesigen, auf die Hilfe von Frau T. herbeigelaufenen Wohnern verfolgt, konnte aber nicht mehr erlangt werden.

Veranstaltungskalender für Freitag.
Gruppe Bismbach. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof Goldene Krone.
Arbeiter-Schwimmverein. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Gerichtszeitung.

Sandgericht.

Fünf Monate Gefängnis wegen 11 Pfennigen. Der Wirt automat im Stadtmiddelfischen scheint eine ganz bedeutende Unziehungskraft zu besitzen, denn er wurde schon des öfteren geprügelt. Der Wirt hat schon alles mögliche angeht, um den Wirt jenseits zu erkräften. So hatte er unter anderem eine elektrische Klingelung gelegt. Dieser vielbesprochene Abortautomat macht auch auf den 17-jährigen Handlungsgehilfen Hermann Paul Köhler aus Leipzig Eindruck. Am 3. April ertrank er ihn und erzielte ganz elf Pfennige. Diese Tat stellt sich als „schwerer Diebstahl“ im Sinne des Strafgesetzbuches dar. Als minderschuldiges Strafmaß ist in dieses Delikt 3 Monate Gefängnis vorgehoben. Die Strafkammer hat aber noch ein übriges und erkannte auf 5 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; 1 Monat der Gefängnisstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Schöffengericht.

Vergehen gegen das Rinderverbrennen. Die Milch- und Viehwirtschaftlerin Christine Weiler beschuldigte vom Sommer 1907 bis März 1908 täglich zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens — nämlich früh von 6 bis 7 Uhr — das 12-jährige Schulmädchen Hedwig mit dem Austragen der Milch, ohne die behördliche Erlaubnis eingeholt zu haben und im Besitze einer Arbeitskarte zu sein. Es wird zu 5 M. Geldstrafe verurteilt.

Militärgericht.

„Verbrecher!“ Wegen eines ganz schweren Deliktes, eines „Verbrechens“ im Sinne des Militärstrafgesetzbuches, fand der jetzige Reitanstalt abkommandierte Kavallerie-Rittmeister Friedrich Rudolf Förster unter Anklage. Die Affäre hat sich in der Nacht vom 1. zum 2. Mai vor der Militär-Reitanstalt zugezogen. Förster hatte in einem Restaurant auf der Hecksstraße mit zwei Kameraden von der Reitanstalt, einem Wadeteiler und einem Mann seinen Geburtstag gefeiert. Nachgehört hatte das Trio nicht; für die Nacht des Wessfeierabends gelangen solche nur in bestimmtem Maße zur Ausbeute. Auf dem Nachhausewege, nach 12 Uhr nachts, wurden die drei Soldaten von einem als Feldgenossen längen Schützenfeldwebel kurz vor der Militär-Reitanstalt angehalten. Er der Wind stob das Kleetball auseinander; der Wadeteiler war schwand in der Hecksstraße, der Mann setzte mit klümem Sprung über die Mauer der Reitanstalt und Förster kletterte an den eisernen Gittertoren der Reitanstalt hinauf. Der entsetzte Feldwebel sprang ihm nach und hielt sich am Hinterteile des hinteren Kletterens fest. Förster strebte aber mit solcher Gewalt in die Höhe, daß er den ziemlich wohlbeleibten Feldwebel mit hinaufzog. Der Verfolger mußte loslassen und konnte nach im letzten Augenblicke den Sabel des inzwischen über das Tor gesprungenen Reiterstamm erwischen. Sogar einen Schritt auf die Schulter soll er gekommen haben. Förster war natürlich, trotzdem er entkommen war, gelanglos und hat durch das Tor hindurch um seinen Sabel. Der Feldwebel befehlt ihm, die Wädel aufzufuchen und dort alles weitere zu erwarten. In kurzer Zeit war auch der Vorgesetzte in Reitanstalt und meldete die Sache. Förster erklärte auf Verlangen, die beiden ausgegriffenen Kameraden nicht zu kennen. Bei der Durchsicht des Stalles sah der Feldwebel in einer Ecke einen schlafenden Mann liegen und glaubte in ihm einen der Ausreißer zu erkennen. Der aus dem Schlafe geweckte Soldat schwor aber hoch und heilig, an der Sache nicht beteiligt gewesen zu sein. Später stellte es sich heraus, daß es doch der Richtige war. Die Anklage lautet gegen Förster auf Verletzung, unerlaubte Entfernung, Ungehorsam und Helgen eines Vorgesetzten. Während der Verhandlung gab er an, fünf bis sechs trunken gewesen zu sein. Er habe auf den Befehl des Feldwebels sich hängen gelassen sei. Der Vertreter der Anklage beantragte 6 Monate Gefängnis. Vom Gerichtshof wurde die Verurteilung fallen gelassen und auf 3 Wochen Mittelarrest erkannt.

Neues aus aller Welt.

Unwetter-Nachrichten.

Hamburg, 3. Juni. In letzter Nacht gingen in der Provinz Hannover furchtbare Gewitter nieder. Fünf Menschen wurden zum Tode erschlagen, 14 Geschäfte eingestürzt. In Wiedenburg verbrannten in einem vom Blitzschlag entzündeten Viehstall 800 Schafe.

Uppsala, 3. Juni. Bei einem heute morgen niederschlagenden Gewitter wurde ein Arbeiter vom Blitze getötet und zwei in erhebliche Kinder getötet.

Landberg a. M., 3. Juni. In der Neumarkt wurden in den vergangenen Nacht sechs Personen durch Blitzschlag getötet.

Gera, 3. Juni. Ein Gewitter hat die ganze Gegend verheert. Ein Mann wurde auf der Landstraße vom Blitze getötet.

Trier, 3. Juni. Ein schweres Gewitter richtete in der Weinbergen der Obermosel großen Schaden an. Der Weinbauer Ehnem berechnet seinen Schaden auf 150 000 M.

Glogau, 3. Juni. Der Inhaber der in Konkurs befindlichen Juwelierfirma Weig Herr Willi Hütte ist unter dem Verdacht, Wechsellieferungen begangen zu haben, verhaftet worden.

Essen a. M., 3. Juni. Auf der zur Guten Hoffnungstraße gehörigen Zeche Oberhausen erfolgte ein Ausbruch der Schiefersteine auf Schacht I. Bei Förderung einiger Jüge röh der Schiefersteine einige Spulmaschinen auf, wobei das Bruststück des Schiefersteins erfolgte. Auf einer Strecke von 200 Metern oberhalb des Schiefersteins wurden in der Zeche mehrere Arbeiter gegen den Schlag erschleudert, sie trugen Verletzungen davon. Ein Arbeiter wurde getötet.

Frankfurt a. M., 3. Juni. Die Frau des Metzmeisters Jaenz, die vor kurzem ihre drei Kinder mittels Gas vergiftet hatte, wurde aus dem Spital in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Die Frau weiß vorläufig noch nicht, ob ihre Kinder tot sind.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 127.

Dresden, Donnerstag den 4. Juni 1908

19. Jahrgang

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

126. Sitzung vom 3. Juni 1908.
Internationale Hygieneausstellung.
(Fortsetzung.)

Abg. Kühner (fortfahrend):

Es fehle am Gelde, man müsse nach neuen Steuerquellen suchen. Und doch wolle man in Dresden wieder Museen erbauen. Man spreche schon von einem großen Museumsgebäude. Vielleicht werde auch die Ausstellung wieder zu einem neuen Museum führen, was wieder Staatsbeihilfen nötig würden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Ausstellung weitere Vorschriften für die Fabriken zur Folge habe. Daran habe man aber jetzt schon genug.

Abg. Andrä (konf.): Er wolle nicht verschweigen, daß er zuerst einen ablehnenden Standpunkt zu der Vorlage eingenommen habe. Aber es sei nicht zu leugnen, daß die Ausstellung von großer Bedeutung sei und die Regierung in eine sehr peinliche Situation komme, wenn die Vorlage abgelehnt werde. Bereits jetzt seien Verbindungen mit anderen Staaten der Ausstellung wegen angeknüpft, um Ausstellungsgegenstände zu gewinnen. Wenn die Kammer die 200 000 M. ablehne, müsse alles wieder rückgängig gemacht werden. Was mache das für einen Eindruck, welches Licht falle dadurch auf die Kammer. Es sei auch schließlich damit zu rechnen, daß die Ausstellung nach München oder Berlin käme, wenn sie nicht in Dresden errichtet werde. Dann hätte die bayerische oder preussische Staatsbahn die Einnahmen, die die sächsische Eisenbahn bei der Ausstellung in Dresden haben könne. Die 200 000 M. würden durch Mehrermahnen der Staatsbahn leicht wieder eingebracht.

Staatsminister Dr. Scharnholtz polemisiert gegen den Abg. Kühner und hebt hervor, daß sich auch die Menge für die Hygieneausstellung ausgesprochen haben. Tatsächlich käme die Regierung durch die Ablehnung der 200 000 M. in eine sehr schiefte Lage.

Abg. Bauer (natl.): Eine bessere Kenntnis der Hygiene sei besonders für breite Schichten des Volkes von größter Bedeutung. Man behaupte immer, es läge an der Luft in den Fabriken, wenn die Mädchen bleich und kranklich blieben. Wirklich läge es aber nur daran, daß sie mit den hygienischen Grundregeln nicht vertraut seien und ihnen vor allen Dingen alle Kenntnisse von einer zweckmäßigen Ernährung abgingen. Die Ausstellung würde dazu beitragen, diese Kenntnisse zu verbreiten.

Abg. Starke (konf.): Wenn die Ausstellungsdirection die Regierung in eine moralische Zwangslage gebracht habe, sei es angebracht, die Forderung abzulehnen.

Kreisoberhauptmann Kumpelt schildert den bisherigen Gang der Vorbereitungen für die Ausstellung und erklärt, daß die Regierung von Anfang an von dem Unternehmen unterstützt gewesen sei.

Abg. Heymann (konf.): Er trete auf dem Standpunkt des Abg. Kühner. Die Ausstellung würde doch nur ein großes Verfallsstück; die Leute kämen doch nur zur Belustigung wegen nach Dresden, (Widerspruch und Lachen.) Man sehe es jetzt an der Kunstausstellung, die sei eine Art Vogelschießen. (Lachen.) Die armen Gemeinden würden nicht, wo sie das Geld hernehmen sollen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. 500 Prozent und mehr des Einkommensverlustes müßten sie als Gemeindefiskalen aufbringen. Zur Unterstützung der armen Gemeinden hätte man aber keine Zeiträge in den Etat eingestellt. Er möchte nur eine namentliche Abstimmung darüber, damit man sehe, wer den kleinen Gemeinden helfen wolle und wer nicht.

Abg. Hühnel (konf.): Man könne sehr wohl für die armen Gemeinden einzutreten und doch die Summe bewilligen. Die Ausführungen des Abg. Heymann wären ganz unangebracht gewesen. Der Redner trat im übrigen für Bewilligung der 200 000 M. ein.

Abg. Schief (natl.): Er trete für Bewilligung der 200 000 M. ein.

Abg. Goldstein: Er behaupte leibhaftig, daß es zu dieser Debatte gekommen sei. Man ist mit der Kulturgeschichte soweit gegangen, von einem Vogelschießen zu sprechen. Im Auslande werde man die Reden der Abgg. Kühner und Heymann mit ganz besonderem Interesse lesen. Die Ausstellung werde ein großer Anschauungsunterricht für die Volksgemeinde. Da sei ein Vergleich mit einem Vogelschießen bezugslos. Es würde eine Langeweile lehrreicher Begebenheiten aller Art über alle möglichen Zweige der Volksgemeinde ausgestellt werden, die in großem Umfange belehrend wirken müßte, wenn man kein Vorurteil wie der Abg. Kühner sei. (Sehr richtig! — Heiterkeit.) Es handle sich aber nicht nur um ein agrarisches Bauwesen. (Präsident: Sie meinen doch damit kein Mitglied des Hauses?) Nein. (Präsident: Das glaube ich auch! — Heiterkeit.) Es haben auch nationalliberale Abgeordnete dieselbe Kulturfeindschaft bewiesen. (Präsident: Sie sprechen aber doch von Abgeordneten!) Nur von denen, die brauchen sind. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Kühner hat darauf hingewiesen, daß Rufschweber auf sein Verlangen hin hierher neue Museen als neue Kirchen. (Das sind Antiquitäten!) Ich habe gegen die namentliche Abstimmung nichts einzuwenden. Ich fordere sie nicht, wenn man auch im Auslande darüber sprechen wird, daß sie notwendig wurde. Aber man wird ja genügend über die ganze Debatte sprechen.

Abg. Wüster: Er mit seinen politischen Freunden werde für die Vorlage stimmen, aber nicht deshalb, um der Regierung eine Verlegenheit zu ersparen, sondern wegen der großen Bedeutung der Hygieneausstellung, die dem Gemeinwohl dienen solle.

Ein Schriftschatz wird angenommen.

Abg. Boge (Berichterstatter): Dem Abg. Heymann wolle er nur erwidern, daß die armen Gemeinden auch unter Frankreich erhebliche zu leiden hätten, die durch Veranstaltungen wie die Hygieneausstellung am reichlichsten bekämpft würden. (Sehr richtig!) Er ersuche die Kammer, mit großer Mehrheit das Dekret anzunehmen und damit zu zeigen, daß noch Verständnis für große Aufgaben vorhanden sei. (Präsident: Die Mitglieder der Kammer haben immer Verständnis.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird in namentlicher Abstimmung das Dekret mit 43 gegen 13 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Abgg. Ahner, Braun, Frischling, Goldschiff, Hauße, Heymann, Hühner, Kückhahn, Merkel, Krüger, Ulrich, Wunderlich, Hühner.

Über die Einnahmen und Ausgaben des Domänenfonds berichtet **Abg. Reintzsch**. Anlaß zu Bemerkungen gibt die Angelegenheit nicht. Der Bericht wird genehmigt.

Eine Petition des Viehwirtschafters zu Dresden, bei der Behauptung des ehemaligen militärisch-fiskalischen Areals in Dresden-Neustadt die Spekulation auszufächeln und die Bebauung auf Grundbesitz als Erbbaurecht zugelassen, wird der Regierung ohne Debatte als Material übergeben.

Die für die Fortsetzung der vollstündigen Güterbahn Soidau-Niederplanitz geforderten Mittel werden aus formellen Gründen zurück abgelehnt und der Regierung anheimgegeben, dem wieder zusammenzutretenden Landtage eine neue Vorlage ausgeben zu lassen.

Eine Petition der Gemeinderäte von Cunewalde, Schönbührg und Köhlig um Erbauung einer Verbindungsbahn von Cunewalde nach Köhlig wird der Regierung zur Erwägung. Eine Petition der Stadtgemeinde Samsen um Erbauung eines Industrieplatzes von der Salzteiche Wiesa nach der Rangier Vorstadt von Samsen zur Kenntnisnahme übergeben.

Zu der ersten Petition bemerkt der Ministerialdirektor v. Soden, daß die Regierung müsse es ablehnen, das Bahnprojekt v. Soden-Cunewalde bald in Angriff zu nehmen. Es liege für eine solche Bahn kein Bedürfnis vor. Cuneowalde habe bereits Bahnanschluss, ja, es sei die Eisenbahnverbindung im Cuneowalder Tal überhaupt viel besser als in anderen Gegenden des Landes. Die Einwohnerzahlen der an der Bahn interessierten Orte seien zudem zurückgegangen; die Einkommensverhältnisse hätten sich weniger verbessert als in anderen Gegenden Sachsens. Die Regierung könne also von ihrem ablehnenden Standpunkte zu diesem Bahnprojekt nicht abgehen.

Abg. Hühner bedauert die Haltung der Regierung. Der Bevölkerungsdurchschnitt müßte für sie eher ein Grund sein, die Bahn zu bauen. Die Cuneowalder seien immer gute patriotische Leute gewesen, wenn man ihnen die Bahn aber immer wieder vorenthalte, könnte das auch anders werden.

Die Kammer Petition wird von den Abgg. Reintzsch und Hartmann befürwortet.

Eine Petition des Gemeinderats zu Obereroda um Erbauung einer Eisenbahn von Kumbach nach Obereroda wird der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben. Dasselbe Verlangen erfolgt die Petition der Stadträte zu Freiberg und Sainitz um Erbauung einer Eisenbahn von Freiberg nach Sainitz; auch sie wird der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben.

Zum Schluß bemerkt der Präsident **Dr. Mehnert** noch folgenden: Der Abg. Goldstein habe mehrfach das Wort Paraphrasen gebraucht. Außerhalb des Hauses sei ihm gesagt worden, dieser Ausdruck sei im Reichstoge gebräuchlich. Da aber dieses Wort sowohl wie Mangel an Bildung bedeute, sei es verlegend, er erlaube daher darum, das Wort in den Sprachgebrauch des Hauses nicht aufzunehmen.

Nach den Berichten einiger Blätter wäre gestern während der Rede des Abg. Hühner dem Ausdruck „Gemeinheit“ gefallen. Er habe das nicht gehört, sonst hätte er es gerügt. Nach einem anderen Bericht solle der Abg. Hühner nachts geschrien haben: „Du ein Schuft!“ Der Abg. Hühner bestreite, den Jurist gebraucht zu haben, er selbst (der Präsident) habe so etwas auch nicht gehört, auch sonst habe niemand im Hause den Jurist „Schuft“ vom Abg. Hühner gehört. Es könne sich daher nur um ein Missverständnis des betreffenden Berichterstatters handeln.

Zu der letzten Bemerkung des Präsidenten sei betont, daß der Schreiber dieser Zeilen sicher ist, den Jurist Hühner mehrfach deutlich gehört zu haben. Wenn der Herr das abstreite, so mag es sein, daß er selbst nicht weiß, was er in keiner Aufregung geredet hat, denn er war ganz aus dem Häuschen. Ein Zweifel daran erscheint aber ausgeschlossen, auch die Auffassung, daß der Abg. Hühner „Schuft“ geredet habe, ist nicht aufreißend. Schlußfrage: Sind weitere Jurist-Zurufe, sondern auch die Begrüßung des Hauses gebührt zu haben. Für den Abg. Hühner wäre es ja sehr einfach zu sagen, was er nach seiner Ansicht dem Abg. Hühner etwa für bis fünfmal gesagt hat. Er weiß es offenbar selbst nicht mehr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und vorläufige Vergleichsverfahren mit der ersten Kammer.

7. internationaler Textilarbeiterkongress.

Wien, 28. Mai.

Die Verhandlungen werden geleitet von **Hüffel** in Berlin. Der Kongress erörtert den belandischen Textilarbeiter, die sich im Kampfe um die Ertragung des Jahresbetrags befinden, ein Sympathiegramm. Es wird zunächst verhandelt über das internationale Streikreglement, Hüffel-Werlin begründet den von den Textilarbeitern vorgelegten Entwurf. Es wird vom Kongress ein Beschluß dahingehend gefasst, den Textilarbeitern aller Länder zur Pflicht zu machen, ihre Organisationsnennungen und Finanzverhältnisse zu offenbaren, die Textilarbeiter allein und aus eigener Kraft ihre Kampfe für Verbesserung und gegen Verschlechterung ihrer Lebenslage führen können. Die Bestimmungen des Reglements betreffen, daß eine der Internationalen angeführte Organisation die Hilfe des Streikfonds in Vorkampfen anzufordern kann, wenn 10 Prozent der Mitglieder, für welche die Organisation Beiträge an den internationalen Streikfonds macht, an dem Kampfe beteiligt sind; wenn der Kampf länger als vier Wochen dauert; wenn die Organisation nachweist, daß sie außerstande ist, allein und aus eigener Kraft fortan Widerstand zu leisten. An Unterstützung wird an die Kampfbereite Organisation für die beteiligten Mitglieder pro Kopf und Woche 3 Franken gezahlt, jedoch nur bis zu 20 Prozent der versicherten Mitglieder. Auf Antrag der kämpfenden Organisation oder des internationalen Sekretärs oder eines Mitgliedes des Streikkomitees kann durch einstimmigen Beschluß des Streikkomitees die Unterstützung in besonderen Fällen und je nach dem Stande des Streikfonds um 1 Franken pro Kopf und Woche erhöht oder erniedrigt werden. Die Beiträge der Organisationen zum internationalen Streikfonds betragen pro Kopf und Jahr 10 Centimes. Für die Verrechnung der Beiträgeleistung an den internationalen Streikfonds und zur Verrechnung der Unterstützung aus dem internationalen Streikfonds wird als Grundbasis die Mitgliederzahl, welche die Organisation am letzten vollen 1. Januar hatte. Diese Mitgliederzahl ist, unter gleichzeitiger Beitragsleistung für das laufende Jahr, bis spätestens den 1. März jedes Jahres an den internationalen Sekretär zu melden. Organisationen, welche mit der Meldung und mit der Beitragszahlung im Verzuge sind, können Unterstützungsansprüche nicht stellen. Hüffel kritisiert scharf, daß die Engländer in der Mitteilung die Erklärung abgegeben haben, nur 2 Centimes pro Kopf zahlen zu wollen, dafür aber den Streikfonds nicht in Anspruch zu nehmen. Ein solches Stück sei es gewiss, daß ein Engländer je Kopf je nach Lage, man solle auf dem Kontinent weniger Geld zu politischen Zwecken verwenden, dann könnten sie auch gewerkschaftlich mehr leisten. Dafür habe er keine parlamentarische Verantwortung. Eine große Anzahl englischer Delegierten scheine ebenfalls nicht auf diesem Standpunkte. Mit Erinian-Englische wird auf diesem Standpunkte. Mit Schwarz-Englische der Land bestreitet, daß er sich gegen die politische Verbindung der Arbeiter gewandt habe. Schwarz-Englische beklagt die Verhältnisse in der Textilindustrie in Ungarn. Dort werde man die Arbeiter durch die Organisation der Arbeiter in dem Streikreglement, das die Engländer durch eine falsche Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse zu ihrem falschen Standpunkte gekommen zu sein. Die Internationale sei geschaffen, daß die vorgerückteren Länder die wirtschaftlich schwächeren Länder zu unterstützen haben. Die Lage der Arbeiter in einem Lande werde bestimmt durch die Arbeitsverhältnisse in den anderen Ländern. Deshalb dürften sich die Engländer nicht auf den Standpunkt stellen, den kontinentalen Organisationen gegenüber zu bestehen zu lassen. Es wünsche den Engländern Arbeiter nur einen Teil des von ihnen geforderten Internationalen Streikreglementes. (Loblicher Beifall.)

Danusch berichtet, daß die Union der österreichischen Textilarbeiter sich dem Kongress zu einem Ausfluge nach dem waldenberger Textilarbeiter einlade. Damit wurden die Verhandlungen abgeschlossen.

Die Nachmittags-Sitzung wurde mit einer Erklärung des parlamentarischen Sekretärs in England eröffnet. Er betonte, wenn ein einzelner Delegierter zurückgekehrt wäre, die Arbeit würde nicht der ganzen Delegation zu nützen. Ziel sei nicht, ein noch besseres Einverständnis mit den kontinentalen Kollegen zu schaffen und mit den besten Wünschen für die Internationale verabschiedet, aber wenn sie heute bezüglich der Verwirklichung keine verbindliche Erklärung abgegeben hätten, so liegt das daran, daß sie erst aus ihren Möglichkeiten herausarbeiten müssen. Hüffel-Werlin betonte, daß die Arbeiter in einem Lande nicht allein zu kämpfen, sondern lieber von Fall zu Fall extra zu sammeln. Deshalb könnten sie auch nicht für das Streikreglement stimmen. Schwarz-Englische in der Union, das wird die Frage nicht lange mehr erörtert zu werden braucht, das wird die Frage über die Verhandlungen über die Internationale werden. Die Engländer werden allerdings ihren Standpunkt ihren Mitarbeitern gegenüber vertreten können, denn andere Gewerkschaften in England haben viel höhere Interessen, als sich die Engländer mit ihren Ausführenden in Wien zu verabschieden.

Wien, 29. Mai.
Renard-Franzosen (Zugewandter von Wien) betonte, daß bezüglich der Verwirklichung ein Mißverständnis vorliegen müsse. Das internationale Komitee könne nur politisieren, die Höhe des Beitrags könne aber nur vom Menengeh abhängen werden. Ferner betonte, daß keine nur ein einzelner Beitrag für alle Nationen in Frage kommen. Die Engländer seien mit der Erhöhung auf 10 Centimes vollständig einverstanden. Hüffel-Werlin in der Union, daß sie deshalb nur 2 Centimes zu zahlen brauchen, weil damals kein Widerspruch erfolgt sei. Würde jetzt ein anderer Vorschlag gemacht, dann müßte das Streikreglement geändert werden, das es auf die anderen Gewerkschaften anstelle. Es müßte dann das Abstimmungsrecht der Nationen auch proportional gestaltet werden. — Anwesenheit in eine Resolution der Delegierten eingegangen.

Der Kongress stimmt dem Inhalt von der Erklärung der englischen Delegierten, der ihren Standpunkt dahin zu verweisen, daß bis zum nächsten Kongress die Frage der Beitragsleistung geregelt sei. Die proportionale Einkommenssteuer sei dann möglich, wenn das Streikreglement endlich eingeleitet sei.

Hüffel-Werlin protestiert dagegen, daß die Engländer es immer so darstellten, als wenn sie den anderen Ländern etwas schulden. Die Engländer hätten sich dem Kongress gegenüber nicht gezeigt, daß sie mit ihren Mitgliedern zu verhandeln. — Hüffel-Werlin ließ die Erklärung abgeben, daß sie nicht für die Resolution der Delegierten stimmen können. Die Abstimmung ergab: fünf Nationen dafür (England, Österreich, Holland, Schweiz und Ungarn), drei Nationen dagegen (Frankreich, Belgien, Tschechien), einmündig enthält sich der Stimme. Dem Streikreglement stimmten sieben Nationen zu. Danusch stimmte dagegen und England enthält sich der Abstimmung.

Über die Arbeiterfrage und die dazu vorliegende Resolution bringt **Renard** in Wien zum Ausdruck, daß die vorliegende Resolution der deutschen Delegierten nicht entspricht. Es werde deshalb eine neue Resolution zur Abstimmung empfohlen. In derselben sind die Forderungen des Arbeiterkongresses zu enthalten. Ferner wird darin noch darauf hingewiesen, daß die Textilarbeiter aller Länder die Pflicht haben, bei den politischen Wahlen nur die Partei zu unterstützen, die als die politische Vertretung der Arbeiterklasse gilt und die von den Arbeitern ausgesprochenen Forderungen auch vertritt. Eine weitere Resolution wurde über die angeordnete Resolution abgelehnt. Holland und Belgien stimmten dagegen, weil eine Debatte darüber abgelehnt war. Die übrigen sieben Nationen stimmten dafür. Renard-Franzosen erklärte kurz die Frage, welche Maßnahmen zu treffen sind, um Streikfonds zu vergrößern. Es sei am Platz, daß der Menengeh sich dagegen äußere, daß Arbeiter des einen Landes zum Vorkampfe an der Arbeiterschaft in anderen Ländern würden. Der Menengeh stimmt dem einmündig zu. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die höheren Beiträge zum 1. Januar 1909 ab zu geben sind.

Über die Frage der Einwanderung und Auswanderung sprach **Wald** in Wien. Er erklärte, daß die Arbeiter in allen internationalen Verbänden angeklagten Länder in ihren Organisationen haben werden sollen, eine aktive Solidarität zu betreiben, damit Arbeiter in einem fremden Lande nicht schuldlos der Ausbeutung preisgegeben werden. Zustimmung stimmte der Kongress dem zu. Damit wurden die Verhandlungen auf Nachmittags vertagt.

Nachmittags Sitzung.

Die Verhandlungen begannen mit dem Bericht der Sekretäre über den Stand der internationalen Sekretäre. Die Prüfung der Bücher und Kasse ergab einen Kassendruck von 62 521 Franken. Der Streikfonds betrug 56 510 Franken. Es wurde die Annahme und Jansen keine Bedenken vorliegen, daß der Streikfonds über die Auflösung, daß in England nur 1 Prozent Zinsen gezahlt werden würden, die die Kauf noch nicht angegeben habe. Man werde nicht nur über bemühen, das Geld zu einem höheren Zinsfuß anzuheben. — Danusch-Werlin bemängelt, daß ein Bankkonto nicht vorteilhaft. Wenn jedoch die Kapitalisten vermögen die hindern nicht vorteilhaft. Wenn jedoch die Kapitalisten vermögen die hindern nicht vorteilhaft. Wenn jedoch die Kapitalisten vermögen die hindern nicht vorteilhaft. Wenn jedoch die Kapitalisten vermögen die hindern nicht vorteilhaft. Wenn jedoch die Kapitalisten vermögen die hindern nicht vorteilhaft.

Die Delegierten der Arbeiterkongresse in England, die die Verabschiedung der Erklärung abgab, daß die Gelder über demponiert sind, habe der Delegiertenklärung nichts im Wege. Die gemeinsame Erklärung erfolgte. Die Delegiertenklärung erfolgte einmündig. — Sodann wurde dem internationalen Komitee der Antrag der Belgier überwiesen, für die im Auslande arbeitenden organisierten Mitglieder Unterstützung zu schaffen. — Als Ziel des internationalen Sekretariats wurde von Österreich der Vorschlag gemacht, nationalen Sekretariate zu schaffen. Danusch und Belgien schlugen beiseite in England zu bleiben. Die Mehrheit (fünf Nationen) erklärte sich dafür, daß der Sitz des Sekretariats in England verbleibe. Als Sekretär wurde wieder **Wald** gewählt. Der nächste Internationale Textilarbeiterkongress soll 1911 in Holland stattfinden.

Damit hatten die Verhandlungen des Kongresses ihr Ende erreicht. Mit dem Feste des Kongresses an die österreichischen Kollegen (siehe das Fortschrittsblatt) schloß sich die Tagung der Delegierten ab. Die Delegierten in England, die die Verabschiedung der Erklärung abgab, daß die Gelder über demponiert sind, habe der Delegiertenklärung nichts im Wege. Die gemeinsame Erklärung erfolgte. Die Delegiertenklärung erfolgte einmündig. — Sodann wurde dem internationalen Komitee der Antrag der Belgier überwiesen, für die im Auslande arbeitenden organisierten Mitglieder Unterstützung zu schaffen. — Als Ziel des internationalen Sekretariats wurde von Österreich der Vorschlag gemacht, nationalen Sekretariate zu schaffen. Danusch und Belgien schlugen beiseite in England zu bleiben. Die Mehrheit (fünf Nationen) erklärte sich dafür, daß der Sitz des Sekretariats in England verbleibe. Als Sekretär wurde wieder **Wald** gewählt. Der nächste Internationale Textilarbeiterkongress soll 1911 in Holland stattfinden.

Damit hatten die Verhandlungen des Kongresses ihr Ende erreicht. Mit dem Feste des Kongresses an die österreichischen Kollegen (siehe das Fortschrittsblatt) schloß sich die Tagung der Delegierten ab. Die Delegierten in England, die die Verabschiedung der Erklärung abgab, daß die Gelder über demponiert sind, habe der Delegiertenklärung nichts im Wege. Die gemeinsame Erklärung erfolgte. Die Delegiertenklärung erfolgte einmündig. — Sodann wurde dem internationalen Komitee der Antrag der Belgier überwiesen, für die im Auslande arbeitenden organisierten Mitglieder Unterstützung zu schaffen. — Als Ziel des internationalen Sekretariats wurde von Österreich der Vorschlag gemacht, nationalen Sekretariate zu schaffen. Danusch und Belgien schlugen beiseite in England zu bleiben. Die Mehrheit (fünf Nationen) erklärte sich dafür, daß der Sitz des Sekretariats in England verbleibe. Als Sekretär wurde wieder **Wald** gewählt. Der nächste Internationale Textilarbeiterkongress soll 1911 in Holland stattfinden.

6. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Wien, 1. Juni 1908.

Am achten Verhandlungstage wird die Diskussion über die Neutralitätsfrage fortgesetzt. Nachdem eine dreizehnhedrige Kommission zur Vorbereitung der zur Änderung der Statuten geltenden Anträge gewählt worden ist, Steinbach-Wienberg wies die Anträge auf die Sozialdemokratie in scharfer Weise zurück. In der Hand einiger Rednerungen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ins praktische Leben umgelegt werden konnte. Sie dürfe nicht, wie **Reyhner** meine, auf dem Papier stehen bleiben. Wenn die Generalversammlung erklärt, daß vor der Generalkom-

mission angehängt bleiben sollen, und Reichhäuser sagt trotzdem noch, daß er sich ihren Beschlüssen nicht fügen könne, dann müsse er eben gehen. Der Zustand, daß er in der bisherigen Weise weiter arbeiten kann, ist unhaltbar. Wollen wir uns von der Arbeiterschaft abspalten? Das können und wollen wir nicht. Also muß Reichhäuser sich fügen oder er muß aufhören, Redakteur zu sein. — Döblin verleiht folgende von Engelbrecht-Leipzig eingebrachte Resolution:

Der Verband der deutschen Buchdrucker hält auch fernerhin fest an seinem prinzipiellen Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität, im gleichen Sinne an der Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterschaft. Der Ausschluß des Verbandes der deutschen Buchdrucker an die Generalkommission wird auch ferner für eine absolute Notwendigkeit erachtet.

Krahl, Redakteur des Korrespondenten: Seit 42 Jahren sei das Blatt neutral und ebenso lange werde es bekämpft. Man finde jetzt neue Angriffspunkte, erst die Unterstützungsvereinigungen, dann die Zartigkeit und jetzt den Organisationsvertrag. Bei uns kommen die Differenzen, die man überall in Partei und Gewerkschaften findet, mehr zum Ausdruck; jeder deute die gewerkschaftliche Neutralität anders. Allen zukünftigen Beschlüssen der internationalen Kongresse zuzustimmen ist unmöglich. Fälle verlangt vom Korrespondenten mehr Sachlichkeit; aber wie wird von den Parteiklättern über Reichhäuser hergegangen? Unsere Artikel und Notizen werden eifrig von der Gewerkschafts- und auch von der Parteipresse benutzt; das zeigt doch, daß wir nicht unschuldig sind. Wir haben durchaus nicht das Bedürfnis, unser Verhältnis zur übrigen Arbeiterschaft zu verschlechtern. Wir in der Redaktion vertreten das Verbandswort; wollen Sie eine Änderung, dann müssen Sie das Sagen ändern.

Wagner-Überfeld: In Parteidruckereien herrscht keine Ausbeutung. Der Werkertag steht in die Parteikasse und wird wieder für Arbeiter verwendet. Wollan-Leipzig: Die Neutralitätsfrage ist nicht erst durch die Artikel Reichhäusers angeregt worden, aber ihr Wert wird erst später anerkannt werden. Zu bedauern ist, daß die Behandlung der Stellung zu den Christlichen noch nicht erfolgt ist, Reichhäuser hat aber das Seine gewollt. Der Korrespondent hat zu allen wichtigen politischen Fragen Stellung genommen. In Leipzig haben bei der letzten Reichstagswahl die Buchdrucker eine interessante Veranlassung gegen die nationalliberale Kandidatur eingebracht: ein Weg zur politischen Betätigung außerhalb des Verbandes läßt sich also immer finden. Wiedemann-Augsburg: Es wäre notwendig, dem Redakteur Sitz und Stimme im Vorstände zu geben, damit Differenzen in Zukunft vermieden werden. Der Redner wendet sich dagegen, daß Statistiken unter den Verbandstollegen darüber aufgenommen werden, ob sie Leser der Arbeiterpresse seien. Tomme-Krausfurt a. N.: Man solle auf der linken Seite diejenigen Kollegen, die eine andere Meinung haben, nicht so abfällig behandeln; sie werden oft so geschimpft, daß es fast an Terrorismus ginge.

Abrecht-Berlin: Auch der Vorstand möge Neutralität der linken Seite gegenüber üben. Der Korrespondent darf nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften werden. Kotte-Berlin fordert, daß die Kollegen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge unterrichtet werden. Born-Düsseldorf: Die Artikelserie hätte ganz gut im Interesse bleiben können. Wenn Reichhäuser gegen das Zentrum in gleicher Weise geschrieben hätte, dann würden viele Kollegen aus diesem Antriebe dem Verbande den Rücken gekehrt haben. Waldau-Vonn: Wir sind nur auf Grund der strengsten Neutralität in Rheinland-Westfalen zu Erfolgen gekommen, einen anderen Weg dürfen wir nicht gehen. Albrink-Lüneburg: Die Angriffe Reichhäusers auf die Partei haben alle Parteigenossen aufs tiefste gekränkt. Uns sind in Rheinland-Westfalen die Kränkungen Reichhäusers von jedem Waiselblättern um die Ehre geschlagen worden. Man solle doch dadurch den Verbandstollegen, die der Sozialdemokratie angehören, die Tätigkeit im Verbande nicht vereiteln. Reichhäuser soll sich erst einmal an die Neutralität halten, ehe er sie anderen Leuten predigt. Anoblauch-Darmstadt: In politischen Dingen brauchen wir keine Neutralität, dagegen muß sie in religiöser Hinsicht aufs strengste gewahrt werden. Die Parteigenossen unter den Buchdruckern sollten mehr für die Sozialdemokratie wirken.

Just wird ein Satzungsentwurf angenommen. Döblin gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß von seiner Seite ein Widerspruch gegen die Haltung des Vorstandes laut geworden ist. Auch die Kollegen von der linken haben die Eigenart unseres Genesisses berücksichtigt. Graumann sagte, die Klassenengensätze zwischen Unterschmern und Arbeitern würden immer schärfer. Für unser Gewerbe trifft das aber nicht ganz zu. Auch im Buchdruckgewerbe bestehen Gegensätze, aber wir haben es verstanden, auf unsere Unterschiede einzuwirken. In seinen Worten von der Festlegung der gewerkschaftlichen Erfolge liegt aber viel Wahres. Diese Erfolge sind nur ein Mittelbehelf. Wir können feststellen, daß der Buchdruckerverband durch gegenseitige Vereinbarungen bessere Verhältnisse in vieler Hinsicht geschaffen hat. Nun ist es uns verübelt worden, daß wir nichts auf die Behauptung gesetzt haben, daß die Verhältnisse möglicherweise angeblich nicht der Sozialdemokratie angehören. Ich muß es ablehnen, eine Erklärung dazu abzugeben, ich bin durch mein Amt gezwungen, mir in meiner beruflichen Freiheit gewisse Beschränkungen aufzuerlegen. Was ist uns, ist es nicht für mich, sondern für die Organisation. Wenn Reichhäuser uns vorredet, dann hätte ich ihm entziehen davon abgeraten, und zwar aus tatsächlichen Gründen. Warum möchte ich vor einer Veränderung des § 1; man würde sonst sagen, wir wollten eine neue Taktik einschlagen. Und dann müßten wir uns den durch das neue Vereinsgesetz geschaffenen Verhältnissen anpassen. Wir können uns auch nicht für die Minderheit nichtig sein lassen. Der Redakteur hat die Wünsche der Generalkommission geäußert und wird in einer Erklärung sich dazu äußern.

Reichhäuser macht noch einige kurze Ausführungen und erklärt dann, daß er voll und ganz auf dem Boden der Leipziger Resolution stehe und daß für ihn selbstverständlich die Beschlüsse der Generalkommission maßgebend seien, wenn nicht der Fall eintreten würde, daß ein Verstoß für die Organisation schädlich sein könnte. In anderen Fällen sei er sich den Worten Döblins an.

Die Berliner Delegierten ziehen hierauf ihre Resolution zurück; die von den Leipziger Kollegen gestellte wird einstimmig angenommen.

Der Vorbericht berichtet hierauf von den Verhandlungen des Internationalen Buchdruckerkongresses, soweit das nicht vorher im Korrespondenten geschehen ist. Der jetzige Sekretär hat den Wunsch ausgedrückt, seines Amtes entsetzt zu werden; man ist sich nach längeren Beratungen darüber einig geworden, daß Deutschland es übernehmen soll, und zwar ist Stuttgart als Sitz auszuwählen worden. Die Neubewegung soll ausgeschrieben werden.

Döblin teilt mit, ihm sei berichtet worden, daß die Sparten wieder Veranlassungen einbringen wollen, um gegen die Beschlüsse der Generalkommission sich zu entziehen. Müllat erklärt hierüber, daß die Vorsitzenden der Sparten ihre Ämter niederlegen würden, weil sie brutal behandelt worden seien. Die Generalkommission und ebenso die Berliner Gewerkschaft erklären, daß sie alle Über-tretungen energisch zurückschicken würden.

Hierauf gibt die Besonderekommission ihren Bericht. Ihren Antrag wurde einstimmig angenommen. Dabei erklärt Döblin, daß man Leuten, die aus anderen Verbänden herüberkommen, gewisse Konzessionen machen müsse. Das sei etwas anderes, als wenn ein Mitglied freiwillig aus dem Verbands ausschide und später wieder Mitglied werden wolle.

zu bilden, wird abgelehnt. — Dienstag nachmittag werden die Beratungen der Generalkommission zu Ende gehen.

Am 9. Verhandlungstage wurden zunächst die Diäten der Delegierten mit 12 M. pro Tag und Entschädigung der Fahrt 8. Klasse festgesetzt. Dann wird in der Statutenberatung fortgefahren. Die Anträge über eine neue Geweinteilung werden dem Vorstand überwiesen, der darüber mit den Gewerkschaften beraten und der nächsten Generalkommission Vorschläge machen soll. — Von den anderen Beschlüssen sind als die wichtigsten zu erwähnen: Kollegen, die vom Beruf abgehen und sich selbständig machen, müssen erst 6 Beiträge in Kondition leisten, ehe sie wieder für die Arbeitslosenunterstützung bezugsberechtigt sind. — Die Entschädigung für die Gasse aus der Verbandskasse wird auf 5 Prozent erhöht. Mitglieder, die mindestens 75 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten eine Reiseunterstützung von 1,50 M. pro Tag, für längstens 280 Tage. Die Ortsunterstützung beträgt bei 75 Wochenbeiträgen pro Tag 1,50 M., bei 150 Beiträgen 1,75 M. pro Tag. Bei über 500 Beiträgen verlängert sich die Unterstützungsdauer. — Arbeitslose Mitglieder verlangen sich im Arbeitsnachweis ihres Bezirks eintragen zu lassen, sonst verlieren sie den Anspruch auf Ortsunterstützung und Umzugskosten. Wer unterstützt wird, darf seinen Wohnort ohne Zustimmung des Gewerkschaftsrates nicht wechseln, sonst hat er keinen Anspruch auf Ortsunterstützung. Wer bei Annahme einer Kondition die vorgeschriebene Entschädigung bei den Verbandsfunktionären unterschätzt, kann für die Dauer eines Vierteljahres Anspruch auf eine Unterstüfung nicht erheben. Auch bei der Erstattung von Umzugs-kosten ist vorher Erkundigung einzuziehen. Die Sätze dafür werden auf 15 bis 25 M. festgelegt; bei größeren Entfernungen tritt ein Zuschlag hinzu. Alle Anträge auf Einführung einer Witwen- und Waisenunterstützung werden abgelehnt.

Die bestragte obligatorische Einführung des Korrespondenten wird wegen der dadurch entstehenden Mehrkosten abgelehnt.

Die bisherigen gewerkschaftlichen Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt. Die Wahl für den neuen Posten eines zweiten Vorsitzenden fällt auf Graumann-Offen. Bei der Wahl des Redakteurs erhält Reichhäuser 105 von 133 abgegebenen Stimmen.

Die nächste Generalkommission findet in Hannover statt. Bei der Beratung der sonstigen Anträge wird ausgeprochen, daß bei Wahlen keinem Mitglied vorgeschrieben werden kann, wie es stimmen soll. Es darf aber kein Verbandskollege sich als Kandidat der christlichen Gewerkschaften aufstellen lassen, sondern es ist immer die Liste der freien Gewerkschaften zu unterstützen. Das abgeänderte Verbandsstatut tritt am 1. Januar in Kraft. Eine längere Debatte entfällt bei der Frage, wie die Verbandsgelder angelegt werden sollen. Dem Vorstand wird der Wunsch unterbreitet, daß bei Vergütung von Hypotheken zuerst die Arbeitergenossenschaften berücksichtigt werden sollen.

Damit ist die Generalkommission am Schluß ihrer Beratungen angelangt. Döblin weist einen Rückblick auf die Verhandlungen und Beschlüsse. Als man sich zusammenfand, habe man das Gefühl gehabt, daß in dieser Generalkommission die Meinungsverschiedenheiten in außerordentlich heftiger Weise aufeinanderprallen würden. Die Beratung habe aber in erfreulicher Weise Klärung gebracht; wenn auch nicht die Wünsche aller in Erfüllung gegangen sind, so habe doch die Mehrheit dem Willen des Vorstandes zugestimmt. Die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung werde oft falsch verstanden. Man glaube vielfach, durch radikales Auftreten alles zu erreichen. Beim Entschließen der Organisationen mußte sie in propagandistischem Sinne wirken; heute aber habe sie praktische Aufgaben zu erfüllen, und die erzeugen oft Meinungsverschiedenheiten. Wir können nicht immer auf die Wege sehen, sondern müssen auch die Erfolge berücksichtigen, wenn das oft der übrigen Arbeiterschaft nicht verständlich ist. Die Sparten sollen den Beschlüssen der Generalkommission nachkommen und sich der übrigen Arbeiterschaft nicht entfremden. Bei der Debatte über den Korrespondenten sei zum Ausdruck gebracht worden, in welchem Geiste dieser redigiert werden sollte. Döblin dankt den Kölner Kollegen für ihre Gastfreundschaft und erklärt die Generalkommission für geschlossen. Approth bringt ein Wort auf den Buchdruckerverband aus, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

4. Verbandstag der Buch- und Stein-druckerei-Gilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

K. München, 2. Juni.
Zweiter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Fortsetzung der Debatte über Tarif- und Lohnbewegung und endet nach kurzer Dauer mit Annahme der bereits erwähnten Resolution.

Die zur Statutenänderung gestellten Anträge werden in einem ausführlichen Referat von Kollegen Loda (Zentralvorstand) behandelt und die Licht- und Schattenseite derselben hervorgehoben. Alle Anträge, die auf Unterstützungsweiterung gestellt sind, sind vorerst zu prüfen, da die Unterstützungsvereinigungen immer nur Mittel bleiben, um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, damit die Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen kann.

Es sind als Neueinführung von Unterstützungsvereinigungen Wächterinnen, Zivildienst, Sterbe- und Umzugsunterstützung vorgeschlagen. Es wird zunächst in die Generaldebatte über diese Anträge eingetreten. Kollege Franz Hermann-Dresden plädiert für Einführung der Wächterinnenunterstützung, da durch diese Einrichtung die Fluktuation der weiblichen Mitglieder gebremst wird. In Leipzig hat man diese Unterstützung auf lokalem Wege eingeführt und gute Erfahrungen damit gemacht. Auch wird der Antrag auf Einführung der 5. Beitragsklasse als notwendig bezeichnet. Zur Erhaltung der Anträge wird eine Kommission gewählt, die über die näheren Ausführungsbestimmungen beraten soll.

Hierauf wurde der Antrag des Zentralvorstandes auf Schaffung einer 5. Beitragsklasse mit 38 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Schaffung der Unterstützungsvereinigungen bei längerer Mitgliedschaft wurde einstimmig angenommen. Die Einführung der Reiseunterstützung wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt, die Einführung einer Wächterinnenunterstützung im Prinzip angenommen. Die Anträge auf Einführung der Anwalts-, Umzugsunterstützung und Sterbegeld wurden abgelehnt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung referierte Kollegin Hanna Berlin über den 4. Punkt der Tagesordnung: Agitation. Die Entwicklung der Organisation seit dem letzten Verbandstage, führte die Referentin aus, lasse deutlich erkennen, daß unsere Organisation einen großen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Die Mitglieder haben sich innerhalb dieser drei Jahre anderthalbfach vermehrt. Auf dieses Resultat können wir stolz sein. In dieser Entwicklung haben nicht zuletzt die Beschlüsse des Verbandstages beigetragen; die Einführung der Staffelbeiträge habe ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Verufs- und Gewerbezahlung 1905 wies 115 000 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im großstädtischen Verufe auf. Weitere Anhaltspunkte fehlen dafür, wieviel Kollegen und Kolleginnen noch für die Organisation zu gewinnen sind. Es gibt eine ganze Anzahl Orte mit über 100 000 Einwohnern, in denen die Zahlstellen nur schlecht vorwärts kommen. Es ist also keine Veranlassung gegeben, die Hände in den Schoß zu legen, schon in Rücksicht darauf, daß der Schwerverband einen Nachfolger bildet. 2000 Hilfsarbeiterinnen im Stein-druckgewerbe wurden durch die Kusperrung 1906 getroffen, obwohl sie keinerlei Forderungen gestellt hatten. Dieses Vorgehen des Schwerverbandes habe der Kollegenchaft die Augen geöffnet. Der Schwerverband frag nicht danach, ob die Kolleginnen organisiert waren oder nicht, sie wurden ausgesperrt. Unermüdete Organisationsarbeit ist daher notwendig, um dieselben widerstandsfähig zu machen. Es sind noch im Druckgewerbe 56 Städte in Deutschland zu verzeichnen, in denen die Hilfsarbeiter noch keinen Tarif haben.

Es müssen Mittel und Wege geschaffen werden, um auch hier tarifliche Abmachungen zu treffen, wodurch die Arbeitsverhältnisse der Kollegen und Kolleginnen geregelt werden können, damit alle Mitglieder Rechnung zu tragen, besitzwortet die Referentin, Deutschland zu leichter anzustellen. Diesen vorzüglichen Ausführungen folgten energische, andauernde Diskussion, die mit Annahme einer Resolution und plammächtig zu gestalten, Agitationsgane mit besetzten Gewerkschaften zu bilden sind. In erster Linie soll Rheinland-Westfalen und der Osten Deutschlands berücksichtigt werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Solales.

Der arbeitswillige Kutscher Strobl vom der Firma König-Friedrich-August-Mühle, Gebrüder Braune, der am 1. Juni 1906 als Lumpen und Streulacker geschimpft zu haben und den „leier“ lassen dürfe, hat nach den Mitteilungen seitens der Streikbrecher usw. begehrt. Strobl führt den Wagen Nr. 22. Am 2. Juni kamen wieder zufälligerweise Streikende dem Wagen entgegen und wiederum ohne jede Veranlassung schimpfte er von dem Wagen herunter. Leider konnten bei dem herrschenden Sturm die Worte nicht genau verstanden werden. Die Streikenden sind besonnen genug, sich nicht provozieren zu lassen.

M. Boden, Kurfürstenstraße 37, und K. Pohl, Hofstraße 24, teilen mit, daß sie kein Braunes Brot mehr liefern. Dagegen sollen W. Sacke, Maternstraße, und M. Weibung, Rosenstraße, Maria Horn, Franz Wolf, Lobtau, Dorfplatz, Hietler, Seelhauser Straße 53, Hüps, Niedergorbis, Kautzstraße, Alter Dörfner, Burtshardt, Kleine Plauenische Gasse 31, Marie Veder, D. Zahn, Thomaskirchhof, Schumann, Viktoria, Westend, Müller, Wölsch, Müllrich, Johannesstraße 12, Klagenberger, Freiberger Platz 17, Runge, Pirnaische Straße 32, Niemand a. Nische, Zitrusstraße 5 und 8, sowie sämtliche Filialen des Westlicher Warenvereins noch Brot von Gebr. Braune beziehen. Jetzt versuchen etliche Produktenhändler, insbesondere ein aus der Biotenhauerstraße, auf Umwegen Braunes Brot einzuschmuggeln, indem sie von einer bestimmten Stelle aus mit den Landwägern das Brot holen und das Brot dann als von anderen Firmen bezogen ausgeben.

Aus der Umgebung.

Streik der Mühlenarbeiter der Firma Dankebaum in Niederwitz. Seit 31. Mai befinden sich die Mühlenarbeiter der Firma A. Dankebaum, Kautzstraße, Niederwitz bei Dresden im Streik. Sie halten es für untern Pflicht, schreibt die Organisationsleitung der Bevölkerung die Gründe klar zu legen, die zu dem Streik geführt haben. Am 7. Mai reichten die Kollegen Forderungen ein, die beim lauten: Für Unterwäger 4,50 M., für Weiler und Säger 4,20 M. und für Boden- und Hofarbeiter sowie Kutscher 4 M. pro Tag. Einführung von Essenstücken (die Herr Dankebaum war kein Verden gewöhnt, aber nicht den bei ihm beschäftigten Arbeitern) und Vertilgung der 13. Arbeitsstunde.

Eine ganze Weile rührte sich nichts. Am 23. Mai frag ein Kollege Herrn Dankebaum was aus ihrer Eingabe werden sollte. Er antwortete Herr Dankebaum in hochfahrender Weise: „Wem's nicht weh, der kann gehen!“ Darauf reichten sämtliche Kollegen die Kündigung ein, die am 30. Mai abgelaufen ist. Am 26. Mai verabschiedete Herr Dankebaum mit den Kollegen, da er als Mitglied des Arbeitgeberverbandes mit dem Vertreter der Organisation nicht verhandeln darf. Bei den Verhandlungen machte Herr Dankebaum folgende „Zugeständnisse“: Das Brot, das bisher geliefert wurde und als ein Korbchen bei jedem geht, kommt in Wegfall und wird mit 20 Pf. pro Tag bezahlt. Die Essenstücken sollen nicht durchführbar sein, ebenso nicht der Wegfall der 13. Arbeitsstunde bei den Hofarbeitern. Herr Dankebaum hat sich auf dem Standpunkt, daß der Mensch zum Essen keine Zeit braucht. Nach diesen „Zugeständnissen“ hätten sich also die Lohnfolgebewerber gefaltet: 2 Unterwäger 4,45 und 4,25 M., 1 Säger 4,15 M., 2 Weiler 3,45 M., 2 Bodenarbeiter 3,85 M., 2 Hofarbeiter 3,75 und 3,75 M. und 2 Kutscher 3,75 M. und 3,35 M. Es ist selbstverständlich, daß auf diese Zusatzen die Leute nicht eingehen konnten angesichts der augenblicklichen Lage. Wenn auch die besser bezahlten Kollegen mit dem Gebotenen unter Umständen hätten vorlieb nehmen können, so war doch doch der geringe Gehalt einwärts nicht möglich und es war Ehrenpflicht der Arbeiter, ihre Kollegen nicht im Stich zu lassen. Herr Dankebaum ist dann auch sofort auf die Seite der Arbeitswilligen gegangen. Er scheint aber damit kein großes Glück gehabt, denn wie und heute verstanden wurde, hat sich Herr Jakob, hiesiger Reichens Geschäftsführer des Verbandes der sachlichen Mühlindustrie, in höchstener Person auf die Seiten gestellt, um die „neuren“ Schächten Herrn Dankebaum zuzutreiben. Was einmal mit dem Obermüller sollen sie vorher zulassen kommen. Dabei nimmt es aber Herr Jakob mit der Wahrheit nicht so genau. Zwei unserer Kollegen hatten sich auf den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber gegeben, um nach Arbeit zu fassen. Natürlich hatte Herr Jakob sehr schlechte Stellung und zwar bei Herrn Dankebaum. Herr Jakob erzählt den beiden Kollegen aus von dem Streik bei der Firma Gebr. Braune in Döllsch. Da es gerade 200 Arbeitslose vorliegt, hat er, habe er, als die Streikenden die Arbeit nicht wieder aufnehmen, 50 Müller und 40 Bäcker hingelacht. Während er aber den 300 gewelien. Na, uns kann es recht sein, es kommt ja auf ein Hund mehr oder weniger nicht an, zumal, wenn diese Arbeitswilligen nur in der Kautzstraße des Herrn Jakob existieren. Diese beiden jungen Leute danken für die Ehre, von Herrn Jakob zum Streikbrecher degradiert zu werden, selbst dann, wenn er sie auf den Hauptbahnhof begründet zum Blumengeschäft bestellt. Und wenn Herr Jakob so belangbarum ist, daß niemand drohlos sein soll, nun, so soll er dafür sorgen, daß in den Mühlenbetrieben anständige Löhne und Arbeitsbedingungen Platz greifen. So viel an uns liegt, werden wir ihn dabei unterstützen. Wenn aber Herr Jakob dann noch von „sozialdemokratischen Verbänden“ fesselt, haben wir nur ein Lächeln über es beweist dieser Ausdruck lebendig, daß Herr Jakob die Arbeiterbewegung noch nicht verstanden hat.

Der Streik in der Brauneschen Mühle. Herr Produktenhändler Schumann in Götz teil uns mit, daß er seit Ausbruch des Streiks kein Braunes Brot mehr liefert hat.

Briefkasten.

E. C. Dohna, 1. Janohl, 2. Bei H. Wolf, Logerhaller 88 Konsumvereins Domwitz, Dresden, Zingelstraße.

W. Die „Gegonia“ ist eine auf gegenständlichem Standpunkt liegende Reformvereinigung. Weiter erfahren Sie vom Braunevermann des Verbandes der Gastwirtschaftlichen, Döllsch, im Volkswort.

H. G. Gaisberg, ist uns unbekannt.

H. R. Thranndt, allerdings traurig, aber besondere Substanz können wir dem Fall nicht angeben lassen; „Gesam“ machen sich aus Brotgäuden nun einmal solche patriotische Späße.

Der Verkauf der Waren aus der Kuhn'schen Konkursmasse

findet in dem bisherigen Geschäftslokale zu enorm herabgesetzten billigen Preisen statt.

Trikotagen, Strümpfe, Berufs-Kleidung, Wäsche sowie andere Waren.

Dresden-N., Görlitzer Str. 2, Ecke Luisenstrasse.

D. Gerson.

Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein.

Für die bevorstehenden Pfingst-Festtage empfehlen wir:

Besonders preiswerte

Kompott-Früchte:

Feines Melange-Kompott, ausgewogen, Pfund 80 Pf.
1 Pfd.-Dose 70 Pf., 2 Pfd.-Dose 125 Pf., 4 Pfd.-Dose 225 Pf.

Ananas-Erdbeeren
1 Pfd.-Dose 60 Pf., 2 Pfd.-Dose 110 Pf., 4 Pfd.-Dose 220 Pf.

Mirabellen

1 Pfd.-Dose 45 Pf., 2 Pfd.-Dose 80 Pf., 4 Pfd.-Dose 150 Pf.

Birnen

halbe, rot und weiss
1 Pfd.-Dose 45 Pf., 2 Pfd.-Dose 80 Pf., 4 Pfd.-Dose 150 Pf.

Delikatess-Pflaumen, halbiert, ohne Stein

als ganz besonders preiswert bestens zu empfehlen.

1 Pfd.-Dose 35 Pf., 2 Pfd.-Dose 50 Pf., 4 Pfd.-Dose 95 Pf.

Apfelmus 1 Pfd.-Dose 40 Pf., 2 Pfd.-Dose 65 Pf., 4 Pfd.-Dose 125 Pf.

Allerbeste Preiselbeeren, in Zucker gesotten

ausgewogen Pfund 38 Pf.

1 Pfd.-Dose 45 Pf., 2 Pfd.-Dose 80 Pf., 4 Pfd.-Dose 150 Pf., 5 Pfd.-Dose 180 Pf.

Feinstes Heidelbeer-Kompott

1 Pfd.-Dose 40 Pf., 2 Pfd.-Dose 65 Pf., 4 Pfd.-Dose 120 Pf.

Amerikan. Ringäpfel (Marke Goldland) Pfd. 55 Pf.

Gemischtes Backobst, sehr gute Mischung . . . Pfd. 28 Pf.

Gemischtes Backobst extra gewählt aus feineren Obstsorten Pfd. 48 u. 60 Pf.

Allerfeinste Kaiser-Pflaumen ohne Kern Pfd. 50 Pf.

Beste süsse türkische Aprikosen . . . Pfd. 100 Pf. | Feinste Görzer Prunellen . . . Pfd. 100 Pf.

Feinste kalifornische Aprikosen . . . Pfd. 125 Pf. | Feinste kalifornische Pflaume . . . Pfd. 85 Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch

6 Proz. Rabatt in Marken.

Nordsee

Grösste Kochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.

Freitag und Sonnabend

vermittelt unterer eigenen Eisenbahn-Kühlwaggons durch aus unterer Fangern in feinsten lebendigen Saucen

ff. Kabeljau ohne Kopf
im Anhalt Pfund 23 Pf.

ff. Seelachs ohne Kopf
im Anhalt Pfund 22 Pf.

ff. Schellfisch ohne Kopf
im Anhalt Pfund 26 Pf.

ff. Helgoländ. Schellfisch
Pfund 16, 20, 25 und 40 Pf.

ff. Rotzunge, Pfd. 36 Pf.

ff. Steinbutt, mittel
Pfund 60 Pf.

ff. Steinbutt, gross
Pfund 100 Pf.

ff. Heilbutt ohne Kopf
im Anhalt Pfund 80 Pf., in ganzen Fischen Pfund 60 Pf.

ferner empfehlen:

ff. ger. rotfleischigen Flusslaachs in Stücken Pfd. 150 Pf.

ff. Maatjesheringe, per Stck 10, 15, 20 und 25 Pf.

ff. geräuch. Schellfisch, Seelachs, Seeaal, Stör, Kieler Bücklinge, Kieler Aale.

ff. frische Nordsee-Krabben, Pfd. 60 Pf., Seeaal in Beleg, Pfd. 60 Pf., Kronen-Hummel, 1 Pfd.-Dose 225 Pf.

Delikatess-Heringe in verschied. Saucen, Oelsardinen, Dose von 30 bis 220 Pf., Schwedische Gabelbissen, Aal in Beleg, Bismarck-Heringe, Brat-Heringe, Anchovis-Paste, Tube 35 und 55 Pf., Sardellen-Butter, Tube 35 und 60 Pf., Anchovis in Dosen u. Gläsern.

ff. Bratheringe . . . 8-Pf.-Dose 2.70 Pf.

ff. Bratheringe . . . 4-Pf.-Dose 1.40 Pf.

ff. Rollmops 1.85 Pf.

ff. Bismarckheringe 1.85 Pf.

ff. Delikatessheringe 1.85 Pf.

ff. Delikatess-Fischkotelets . . . 8-Pf.-Dose 3.00 Pf.

ff. Delikatess-Fischkotelets . . . 4-Pf.-Dose 1.75 Pf.

ff. Delikatess-Bratschellfisch . . 8-Pf.-Dose 3.00 Pf.

ff. russ. Sardinen per Stck 1.60 Pf.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee
Webergasse 30. Telefon 2471.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
Tel. 1470 „Nordsee“ Tel. 1470
Niederlage in Dresden-Neustadt:
Görlitzer Str. 1 - Eingang Luisenstr.
Leit.: Friedr. Wiegand.

Wringmaschinen in großer Auswahl. Walzen-Reparatur.
Georg Stegler, Bauener Straße 9, am Silberplatz.

Fleisch, Geflügel, Wild und Eier.

Verkauf zum Pfingstfeste Freitag und Sonnabend:
2000 Pfd. H. geräuch. Landtschinken, Pfd. 95 Pf.
1500 Pfd. Landtschinken in allen Größen billig.
3500 Pfd. Delikatess-Pöselhinterhinken, Pfd. 80 Pf., neu
möglich zu fallen Angebot.
Häselfleisch, Pfd. 60, 70 Pf. | Jr. Schweinefleisch, Pfd. 45,
60, 70 Pf. | Gochbrina Kalbfleisch, Pfd. zu 70 Pf. und über
Kalbsbackenfleisch, Pfd. 20 Pf. | Kalbsfüße, St. 7', St. 2' u. 2',
Pfd. 45 Pf., ganz harte 70 Pf., 2 St. 2' | Schinkenfett 10 Pf.,
Pfd. 45 Pf. | neue Delikatessen | Gewiegtes Fleisch, Kalb u. Hamm,
Pfd. 80 Pf. | Zulte, Pfd. 30 Pf. | neue Fleisch 70 Pf. | Große
Eier, Mandel 70 Pf. | 1 gr. Posten Gänser, Tauben, Gänse,
Rehrwild etc. sehr preiswert. Es kommen zum Verkauf 25 Prima-
Landtschweine u. 20 St. 2. Sorte, Kalber, alles frisch geschlachtet.
Wildhandlung, Schweineschlächterelei Nicolaisstr. 12.
Für unsere Abonnenten in Eobitz liegt der heutige
Stück ein Vorkauf der Firma Hoffmann, Eobitz, bei.

Strassburger Hutbasar, Mägeln

2 Bismarckstrasse 2

empfehlen sich das Neueste in

Hüte- und Zylinder-
Güten
Mützen, Schirmen
Stöcken



Strohbrüten
Kratwatten
Gandtschuh
Bätsche

Vortemonnaies, Hosenträgern, Gürteln.

„Wartburg“ u. „Phänomen“
erstklassige Marken!
von 110 Mark an, gebrauchte
von 10 Mark an. 7
Auch Jugend-
Räder.

Eigene
Reparatur-
Werkstatt.
Vornickeln und Emallieren
in bester Ausführung.
Sämtliche Teile billigst.

M. Richter Mägeln, An der Müglitzbrücke
Auf Wunsch Teilzahlung.

